

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 12. Jänner 1959

Blatt 43

Das Parkverbot hat sich bewährt

=====

12. Jänner (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Vizebürgermeister Honay Sonntag, den 11. Jänner über das neue Parkverbot in den Straßen mit Straßenbahngleisen.

Der Vizebürgermeister führte aus: "Ich werde heute ein Problem, das seit Beginn des Jahres zum Gesprächsthema Nr. 1 unserer Stadt geworden ist, behandeln. Es ist dies die Verordnung der Wiener Landesregierung, durch die das Parken auf allen Fahrbehalten mit Straßenbahngleisen für die Zeit vom 1. Jänner bis 15. März untersagt wird.

Zwei Ziele sollen durch diese Verordnung erreicht werden. Erstens soll der Auto- und Straßenbahnverkehr reibungsloser und flüssiger gestaltet werden. Dieses Ziel wurde zur Gänze erreicht. Zweitens soll die Reinigung der Straßen, vor allem bei Schneefällen, ohne Hindernisse durchgeführt werden können. Heute darüber abschließend zu urteilen ist mangels des Ausbleibens von Schneefällen unmöglich.

Ich bin mir bewußt, daß ich damit ein heißes Eisen berühre. Gehen doch die Meinungen über die Zweckmäßigkeit und den Umfang dieser Verordnung ziemlich weit auseinander. Unbestritten ist aber, daß ein solcher, wie ich offen zugebe, radikaler Versuch zur Verbesserung der Verkehrssituation, nicht zum Gegenstand von Angriffen auf die Landesregierung gemacht werden sollte, sondern leidenschaftslos und objektiv behandelt werden muß.

Es ist überflüssig die sehr umfangreichen und kostspieligen Verkehrsbauten der Stadtverwaltung aufzuzeigen. Sie sind bekannt und sie haben wesentlich dazu beigetragen den Verkehr leichter und

./.

flüssiger zu gestalten. Aber es ist nur einem verhältnismäßig kleinen Teil der Wiener Bevölkerung bekannt, wie viele motorisierte Fahrzeuge es in unserer Stadt gibt. Die amtliche Statistik weist am 1. Dezember 1958 in Wien 206.682 Kraftfahrzeuge aus. Davon um nur die wichtigsten zu nennen 99.143 Personenkraftwagen, 23.270 Lastkraftwagen, 49.662 Motorräder und 31.695 Mopeds.. Unsere Straßen wurden zu einer Zeit gebaut, vor allem in der City, in der Kraftfahrzeuge unbekannt waren. Es ist klar, daß ein so rasches und starkes Ansteigen der Zahl der Kraftfahrzeuge, die Stadtverwaltung vor schier unlösbare Probleme stellen mußte. Vor allem haben die Stadtväter die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der Straßenbahnverkehr - unsere Straßenbahn ist doch das wesentlichste Massenbeförderungsmittel - möglichst gut funktioniert. Es hat sich in den letztvergangenen Jahren erwiesen, daß bei Schneefällen, in den Straßen, in den Tramwaywagen verkehren, die dort parkenden Autos eine durchgreifende Säuberung und Abfuhr der Schneemassen unmöglich machen. Es kommt dann zu unliebsamen Stockungen im Straßenbahnverkehr, die von den Arbeitern und Angestellten, die ihre Betriebsstätten nicht rechtzeitig erreichen können, mit Recht kritisiert werden. Aber auch die Kraftwagen können entweder gar nicht oder nur mühsam auf diesen nur mangelhaft gereinigten Straßen weiterkommen. Vorschläge, die darauf abzielen, bei Schneefällen einen sogenannten "Schneenotstand" auszurufen, kann ich nur als unernst bezeichnen. Sicherlich sind die Ratschläge, durch den Rundfunk die Besitzer der parkenden Autos aufzufordern, ihre Fahrzeuge bei einem eintretenden Schneefall von der Tramwaystraße zu entfernen, gut gemeint. Sie stoßen aber auf kaum zu überwindende Schwierigkeiten. Beginnt der Schneefall in den späten Abend- oder frühen Morgenstunden, dann sind alle Aufrufe im Rundfunk nutzlos, weil um diese Zeit nur wenige Menschen ihr Empfangsgerät eingeschaltet haben. Ob überhaupt solche Rundfunkdurchsagen allgemeine Beachtung finden, kann wohl bezweifelt werden.

Von rein sachlichen Erwägungen geleitet, hat sich die Wiener Landesregierung entschlossen, das erwähnte Parkverbot zu erlassen.

Über die Verordnung selbst ist noch zu sagen, daß das Halten auf den Fahrbahnen, worunter man das Stehenlassen von Fahrzeugen

bloß für kurze Zeit versteht, gestattet ist. Besonders aufmerksam zu machen ist darauf, daß die durch Gesetz festgelegten und die behördlich verfügten Halteverbote durch die Anordnung der Wiener Landesregierung nicht berührt werden. Das Halten ist und bleibt dort verboten. Dagegen findet das Parkverbot auf beschilderte Parkplätze keine Anwendung. Auf einem Platz, der durch das Parkplatzschild gekennzeichnet ist, ist somit das Parken auch dann erlaubt, wenn es sich um eine Fahrbahn handelt, auf der sich Straßenbahngleise befinden. Von dem Parkverbot werden alle Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen erfaßt, daher auch jene Fahrbahnen, auf denen zwar Gleise liegen, die aber von der Straßenbahn nicht benützt werden. Diese nichtbefahrenen Gleise werden deswegen in die Verordnung einbezogen, weil es sich um eine verhältnismäßig geringe Strecke 6.5 km von 270 km - handelt und weil es nicht zweckmäßig gewesen wäre, hier Unterschiede zu machen. Ein solcher Unterschied hätte nämlich das Parkverbot unnötig kompliziert. Vor allem hätte man diese Einschränkung des Parkverbotes durch Verkehrszeichen kenntlich machen müssen. Dieser Teil der Verordnung wird aber gegenwärtig von der Landesregierung überprüft, und es sind gewisse Erleichterungen zu erwarten.

Die Stadtverwaltung war sich bewußt, daß es sich bei diesem Parkverbot um einen gravierenden Eingriff in die Wiener Verkehrssituation handelt. Sie hat deshalb die Verordnung einer gründlichen Vorbereitung unterworfen. Es wurden alle interessierten Stellen zur Begutachtung des Projektes eingeladen, maßgebende Verkehrsfachleute wurden um ihre Meinung befragt und die Vor- und Nachteile der beabsichtigten Regelung wurden einander gegenübergestellt. Dabei hat sich die Mehrzahl der befragten Stellen für das Parkverbot ausgesprochen.

Wir haben nun seit zehn Tagen die Auswirkungen der mehrfach erwähnten Verordnung gesehen. Vor mir liegt ein Pack von Berichten aus den einzelnen Straßenbahnhöfen und Autobusgaragen. Sie sind ausnahmslos positiv und in ihnen wird ein dauerndes Verbot des Parkens in den Fahrbahnen mit Straßenbahnverkehr verlangt. Vor allem wird die nunmehr weit größere Flüssigkeit und Pünktlichkeit des Verkehrsablaufes einheitlich hervorgehoben. Ebenso begrüßt wird aber auch die fühlbare Erhöhung der Sicherheit infolge des

gefährloseren Überholens durch andere Fahrzeuge auf breiterem Raum. Die vorher so häufigen Notbremsungen, hervorgerufen durch plötzlich abbiegende oder unversehens die Reihe parkender Fahrzeuge verlassende Lenker, sind zur Seltenheit geworden. Wesentlich leichter gestaltet sich jetzt auch das Zufahren zum Gehsteig bei Autobushaltestellen, das bisher in vielen Fällen nur unter den größten Schwierigkeiten möglich war. In allen Berichten wird auch die körperliche und nervliche Entlastung des Fahrpersonals, erzielt durch das Parkverbot, hervorgehoben.

Die klaglose Reinigung der Straßen kann aber keineswegs, wie ich eingangs ausgeführt habe, das einzige Ziel sein, das mit dem Parkverbot erreicht werden soll. Die Erfahrungen haben schon jetzt deutlich gezeigt, daß die Flüssigkeit des Verkehrs durch das Parkverbot erreicht worden ist. Hier liegen zahlreiche Zustimmungserklärungen der Autobesitzer vor, von denen die überwiegende Mehrzahl für ein ganzjähriges Verbot des Parkens in den Tramwaystraßen eintritt. Dabei wird insbesondere der geringere Verbrauch von Treibstoff, die größere Sicherheit und die Zeitersparnis hervorgehoben.

Interessant ist die Stellungnahme des Verkehrsamtes der Bundespolizeidirektion zum Parkverbot. Die Polizei hat der Verordnung zugestimmt und am 9. Jänner dem Polizeipräsident schriftlich mitgeteilt, daß die für die Zustimmung maßgeblichen Erwägungen von der Praxis durchaus bestätigt wurden. In dem Schreiben wird weiter ausgeführt, daß sich das Parkverbot vor allem auf die Flüssigkeit des Verkehrs sehr günstig auswirkt. In engen Straßen können die Straßenbahnzüge überholt werden, in breiten Straßen tritt eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Straßen durch Gewinn einer Fahrspur ein. Dazu kommt eine trotz dem schnelleren Verkehr sicher zu erwartende Zunahme der Verkehrssicherheit, da die wechselweise Sichtbehinderung der auf die Fahrbahn tretenden Fußgänger durch parkende Autos wegfällt. Ferner wird durch das Verbot die enorme Gefahrenquelle der sich plötzlich öffnenden Autotüren gemindert. Außerdem wird ein starker Rückgang der Lärmbelästigung in diesen Straßen bemerkt. Die Bevölkerung ist im großen und ganzen zum Verbot positiv eingestellt. Vielfach wird angeregt, das Verbot auch auf die übrige Zeit des Jahres auszu-

dehnen. Bei einer eventuellen ständigen Geltung des Verbotes müßte zur Abhilfe eine bedeutende Erweiterung des Einbahnsystems in Erwägung gezogen werden. Die Auswirkungen auf die Geschäftswelt sind derzeit noch nicht zu beurteilen. Einesteils klagen die in Tramwaystraßen etablierten Geschäftsleute über einen Umsatzrückgang. Andernteils ist eine bedeutende Erleichterung in der Durchführungen der Ladetätigkeit eingetreten. Da das Halten weiterhin gestattet ist bleibt auch den Detailkunden eine störungsfreie Warenabholung gewährleistet. Den Besuchern von Gaststätten und Vergnügungsbetrieben kann ein kleinerer Fußweg zugemutet werden. Gewisse Schwierigkeiten ergeben sich auch bei der Ladetätigkeit mit Personenkraftwagen. Nach Ansicht des Verkehrsamtes sollte aber der bisherige Grundsatz eine solche Ladetätigkeit nicht zu tolerieren, konsequent aufrecht erhalten werden, da ansonsten eine Verwässerung sowohl des winterlichen Parkverbotes als auch der Wirksamkeit der Ladezonen zu erwarten ist. Soweit die schriftliche Äußerung des Verkehrsamtes.

Ich habe bereits die durch das Parkverbot erreichte Verbesserung des Straßenbahnverkehrs aufgezeigt. Grundlegend gebessert haben sich auch die Sicherheitsverhältnisse auf den vom Parkverbot betroffenen Straßen, weil das besonders gefährliche Hervortreten der Fußgänger aus Parklücken nunmehr beseitigt ist.

Diese positiven Seiten lassen das Verlangen breiter Bevölkerungsschichten das befristete Parkverbot ganzjährig in Geltung zu setzen, nicht unberechtigt erscheinen. Leider wurden unvermeidliche Anfangsschwierigkeiten, von einem verhältnismäßig kleinen Kreis Betroffener unsachlich behandelt. So wurde schon nach drei Tagen der Wirksamkeit der Verordnung über Geschäftsrückgänge berichtet, die im Gastgewerbe 75 Prozent erreicht hätten.

Niemand im Rathaus hat auch nur die geringste Absicht dem Bürger durch irgendwelche Anordnungen das Leben zu erschweren. Ich bitte aber zu bedenken, daß das Parkverbot von der Verkehrsnot diktiert worden ist. Wir begrüßen dankbarst die Mitarbeit der Bevölkerung auch auf dem so schwierigen Gebiet der Verkehrsregelung.

Wir werden alle Vorschläge, alle Anregungen, nach rein sachlichen Gesichtspunkten prüfen und hoffen durch diese demokratische

Methode eine Regelung treffen zu können, die den Wünschen möglichst aller Schichten unserer Bevölkerung entgegenkommt.

Gerne benütze ich diese Gelegenheit um der Presse für das große Verständnis zu danken, das sie bei der Behandlung dieses so heiklen Problems gezeigt hat. An die Kraftfahrer richte ich den Appell ebenfalls mitzuhelfen und der Polizei danke ich für die gewiß nicht leichte Arbeit, die ihr bei der Durchführung des Parkverbotes auferlegt worden ist.

- - -

Freie Assistentenstellen

=====

12. Jänner (RK) In vier Krankenanstalten der Stadt Wien werden wieder Assistentenstellen besetzt, und zwar:

Im Wilhelminenspital eine Assistentenstelle an der II. Medizinischen Abteilung, im Elisabethspital je eine Assistentenstelle an der Internen Abteilung und an der Abteilung für Urologie, in der Nervenheilstalt Rosenhügel zwei Assistentenstellen und im Krankenhaus der Stadt Wien-Lainz eine Prosekturadjunktenstelle.

Bewerbungsgesuche sind mit den entsprechenden Personaldokumenten bis spätestens 15. Februar 1959 bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, einzubringen.

- - -

Großes Interesse für die Ausstellung "Hansson-Siedlung-Nord"
=====

12. Jänner (RK) Großes Interesse bei der Wiener Bevölkerung, vor allem bei den Favoritnern, fand bisher die Ausstellung der Projekte des Wettbewerbes für die Per Albin Hansson-Siedlung-Nord. Samstag und Sonntag kamen 500 Personen in das Wiener Rathaus, um ein Stück vom Wien der Zukunft im Modell zu studieren. Die Ausstellung ist noch bis Freitag, den 16. Jänner, täglich von 10 bis 18 Uhr, im Großen Festsaal des Wiener Rathauses frei zugänglich.

- - -

Friedrich Ferdinand Beust zum Gedenken
=====

12. Jänner (RK) Auf den 13. Jänner fällt der 150. Geburtstag des Staatsmannes Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

In Dresden geboren, trat er in den sächsischen Staatsdienst und wurde später Diplomat. Er wirkte in Paris, München, London und Berlin. Später wurde ihm das Außen- und das Innenministerium übertragen. Zwischen 1850 und 1866 leitete er die sächsische Politik und vertrat geschickt die Interessen seines Landes. Er schloß im Kampf gegen Preußen das Bündnis mit Österreich und mußte nach der Niederlage demissionieren. Am 30. Oktober 1866 übernahm Beust das österreichische Außenministerium. Im nächsten Jahr wurde er Ministerpräsident und Reichskanzler. 1871 seines Amtes enthoben, war er als Botschafter in London und Paris tätig. Am 24. Oktober 1886 starb er auf Schloß Altenberg bei Greifenstein. Beust, der 1869 in den Grafenstand erhoben wurde, war ein gewiegter Diplomat der alten Schule und hatte an der Wiederaufrichtung des Habsburgerstaates nach der Niederlage von Königgrätz einen gewissen Anteil.

- - -

Abschied vom städtischen Anstaltenamt
=====

12. Jänner (RK) Im Beisein von Vertretern der Stadtverwaltung, der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, des Primärärztekollegiums, der Arbeitsgemeinschaft der Verwalter städtischer Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sowie der leitenden Beamten des Gesundheitsamtes und des Wohlfahrtsamtes nahm heute vormittag der langjährige Leiter des Anstaltenamtes, Obersenatsrat Dr. Josef Schwarzl, Abschied von seiner aktiven Beamtenlaufbahn. Mit ihm scheidet aus dem Bereich der Wiener Stadtverwaltung eine markante Persönlichkeit, der in den vier Jahrzehnten seiner Tätigkeit immer wieder große Aufgaben gestellt wurden. Seit 1945 hat sich Obersenatsrat Dr. Schwarzl als Leiter des städtischen Anstaltenamtes auf dem Gebiet unseres Gesundheitswesens große Verdienste erworben. Vizebürgermeister Weinberger, Stadtrat Riemer und Magistratsdirektor Dr. Kinzl benützten die Gelegenheit, um anlässlich der heutigen Amtseinführung seines Nachfolgers, Senatsrat Dr. Hans Weber, dem in den Ruhestand getretenen Beamten nochmals den Dank der Stadtverwaltung auszusprechen.

Der Personalreferent Stadtrat Riemer dankte Obersenatsrat Dr. Schwarzl dafür, daß er sein ganzes Berufsleben lang und zuletzt durch volle 13 Jahre als Leiter des Anstaltenamtes, der größten Abteilung im Bereich des Magistrates, seiner Heimatstadt gedient hat. Beim Wiederaufbau der städtischen Anstalten hat er sein Bestes geleistet. Stadtrat Riemer gab auch der Freude darüber Ausdruck, daß dieser hochverdiente Beamte sich bereit erklärt hat, der Stadtverwaltung bei den Planungsarbeiten zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Magistratsdirektor Dr. Kinzl würdigte das organisatorische Können von Dr. Schwarzl, seine Fähigkeit zu guten Kompromißlösungen, die es dem erfahrenen Juristen ermöglichten, immer wieder die Homogenität innerhalb des Anstaltenamtes herzustellen.

Vizebürgermeister Weinberger erwähnte unter anderem auch die hervorragenden persönlichen Eigenschaften, die zusammen mit den tief fundierten fachlichen Kenntnissen Obersenatsrat Dr. Schwarzl

zum Beamten formten, der alle Voraussetzungen für die Führung eines großen Verwaltungsapparates in sich vereinigte.

Als letzter sprach der Präsident der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer. Er dankte Obersenatsrat Dr. Schwarzl für das Verständnis, das er stets den Bediensteten entgegenbrachte und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sein Nachfolger nun in seinem Geiste die Tätigkeit fortsetzen werde. Abschließend dankte der scheidende Obersenatsrat für die vielen Beweise der Wertschätzung seiner Arbeit.

Senatsrat Dr. Weber versicherte, daß er als Leiter des Anstaltenamtes bestrebt sein wird, sich des in ihn gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen.

- - -

Karl Fritsch zum Gedenken

=====

12. Jänner (RK) Auf den 14. Jänner fällt der 25. Todestag des Botanikers Univ.Prof.Dr. Karl Fritsch.

Am 24. Februar 1864 in Wien geboren, studierte er Naturwissenschaften und wurde Volontär der Botanischen Abteilung des Naturhistorischen Museums. 1890 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität. 1900 wurde er nach Graz berufen, wo er bis zu seinem Tode blieb. Neben dem Ordinariat übernahm er auch die Leitung des Botanischen Gartens und baute das Pflanzenphysiologische Institut aus. Seine Arbeiten beschäftigten sich mit der Systemisierung der natürlichen Verwandtschaft der Pflanzenarten. Verschiedene der von ihm dabei aufgestellten Grundsätze haben sich in der internationalen Fachwelt durchgesetzt. Fritsch hat als erster die österreichische Flora systematisch erfaßt und beschrieben. Berühmt wurden seine Bestimmungsbücher, die heute noch brauchbar sind. Prof.Dr. Karl Fritsch, der Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften war, hat als Forscher wie als Lehrer Bedeutendes geleistet.

- - -

Heilbronner Gemeinderatsabordnung im Wiener Rathaus
=====

12. Jänner (RK) 15 Mitglieder des Heilbronner Gemeinderates mit Oberbürgermeister Meyle an der Spitze, sind zu einem dreitägigen Aufenthalt nach Wien gekommen, wo sie vor allem die städtischen Versorgungsbetriebe eingehend besichtigen werden. Die Heilbronner Delegation wurde heute mittag von Vizebürgermeister Honay im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger und der Stadträte Afritsch, Bauer, Glaserer, Heller, Mandl, Dkfm. Nathschläger, Riemer sowie Stadtschulratspräsident Dr. Zechner empfangen und im Namen der Stadtverwaltung begrüßt. Die Wiener Stadtwerke waren durch Generaldirektor Dr. Ing. Horak vertreten.

Vizebürgermeister Honay informierte die Gäste über den Wiederaufbau Wiens und die Entwicklung seiner kommunalen Unternehmungen seit dem Jahre 1945. Er gab dem Wunsche Ausdruck, die Stadtväter aus der Neckarstadt mögen nach Beendigung ihres Besuches in Wien mit dem Eindruck nach Hause kommen, daß sie einige Tage bei guten Freunden zu Gast waren.

Der Oberbürgermeister der alten freien Reichshauptstadt Heilbronn Meyle dankte im Namen der Abordnung für die herzliche Aufnahme in der österreichischen Bundeshauptstadt. Der eigentliche Grund für die Entsendung einer so großen Studienkommission nach Wien, sagte er, war die Besichtigung der neuen technischen Anlagen im Wiener Gaswerk, die in ganz Europa als die besten und modernsten angesehen werden. Heilbronn beabsichtigt nun nach diesem Vorbild seine Gasproduktion zu modernisieren. Außerdem wollen die Stadtväter von Heilbronn ihren Wiener Aufenthalt zu eingehendem Studium des sozialen Wohnungsbaues und der kulturellen Einrichtungen Wiens benützen.

Oberbürgermeister Meyle gratulierte der Wiener Stadtverwaltung zu ihren bisherigen Leistungen und wünschte ihr für die Zukunft die besten Erfolge.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 12. Jänner

=====

12. Jänner (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 26 Kühe, Summe 26. Inlandauftrieb: 200 Ochsen, 186 Stiere, 1008 Kühe, 138 Kalbinnen, Summe 1532. Gesamtauftrieb: 200 Ochsen, 186 Stiere, 1034 Kühe, 138 Kalbinnen, Summe 1558. Es wurde alles verkauft.

Preise: Ochsen 9.80 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.70 S (14 Stück); Stiere 10.50 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 13.- S (10 Stück), Kühe 7.- bis 10.20 S, extrem 10.30 bis 10.50 S (16 Stück); Kalbinnen 10.50 bis 12.- S, extrem 12.30 bis 12.50 S (4 Stück); Beinlvieh Kühe 6.30 bis 7.50 S, Ochsen und Kalbinnen 9.- bis 9.70 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Ochsen um 16 Groschen, Stiere um 24 Groschen, Kühe um 25 Groschen und erhöhte sich bei Kalbinnen um 3 Groschen. Er beträgt: Ochsen 10.58 S, Stiere 11.49 S, Kühe 8.51 S, Kalbinnen 11.07 S, Beinlvieh notierte schwach behauptet.

- - -